2016/2

attac

brennpunkte • rückblicke • ausblicke



KONZERNMACHT BRECHEN

attac

inhaltsverzeichnis

Impressum
Attac Österreich Magazin 2016/2

Attac Österreich
Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte

Margaretenstraße 166/3/25
A-1050 Wien
Tel: 01/544 00 10
Fax: 01/544 00 59
Internet: www.attac.at
E-Mail: infos@attac.at
IBAN: AT552011182424891500
BIC: GIBAATWWXXX

Grafik: Wolfgang Homola, Anne Lange, Christina Rittmannsberger, Isabella Zieritz
Druck: gugler* print
Auflage: 5.200 Stück

Für den Inhalt verantwortlich: Attac Österreich
Fotos (wenn nicht anders angegeben): Attac Österreich
Inseratenakquisition: Monika Stadler
Redaktion: Barbara Cäcilia Supper, David Walch, Wilhelm Zwirner
Gesamtkoordination: Barbara Cäcilia Supper
(Namen in alphabetischer Reihenfolge)

Wien, September 2016

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Der Umgang mit Flüchtenden in Europa macht deutlich, dass es für eine autoritäre und inhumane Bearbeitung von Krisen gar keine Regierungsbeteiligung rechtsextremer Parteien braucht: Ein fremdenfeindlicher und nationalistischer Diskurs dominiert die österreichischen Bundespräsidentenwahlen ebenso wie er die Debatte um den Brexit beherrschte. Gleichzeitig nehmen wir ein Versagen offizieller Institutionen wahr, insbesondere auf europäischer Ebene.

Versagen auch in der Klimapolitik: Gerade nach dem letzten Klimagipfel COP21 werden die Lügen der Green Economy offensichtlich. In Österreich hat sich dagegen die „System Change, not Climate Change“-Bewegung formiert. Auch die internationale Nyéléni Bewegung für Ernährungssouveränität ist weiter aktiv und veranstaltet im Herbst ein großes europäisches Treffen.

Das Ringen um TTIP – und aktuell vor allem CETA – geht weiter: Uns könnte eine „vorläufige Anwendung“ drohen, mit der das Abkommen umgesetzt wird – selbst wenn es in einzelnen Staaten zu einem späteren Zeitpunkt Abstimmungen darüber geben sollte.

Die internationalen Verflechtungen der Steuerhinterziehung gingen im April dank der Panama-Leaks durch alle Medien. Doch trotz politischer Versprechen sind wir weiterhin auf Whistleblower und Leaks angewiesen um dieses System aufzubrechen, das nur einer kleinen Elite und großen Konzernen nützt.

Das zeigt, wie wichtig es ist die Macht der großen Konzerne zu brechen. In unserem neuen Buch „Konzernmacht brechen!“ machen wir die vielen Facetten dieser Macht sichtbar.

All diesen Themen widmete sich Attac nicht nur auf der heurigen Sommerakademie – sie füllen auch unser aktuelles Attac-Magazin. Gemeinsam arbeiten wir weiter an Alternativen für eine Welt, in der gesellschaftliche Verantwortung nicht durch privaten Profit und Solidarität nicht durch Egoismus ersetzt werden.

Das Vorstandsteam von Attac Österreich

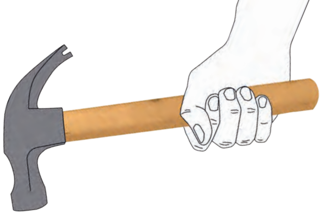
Attac unterstützen:

Unser Engagement braucht Zeit – und auch Geld.

Attac ist parteiunabhängig und finanziert sich über Spenden und Mitgliedsbeiträge. Nur durch regelmäßige finanzielle Unterstützung können wir unsere Arbeit fortführen.

www.attac.at/spenden





neues attac-buch
„konzernmacht brechen!“
erschienen

eine welt der konzerne

von Ralph Guth

Transnationale Konzerne sind auf eine Art und Weise konzentriert und untereinander vernetzt, dass wir augenscheinlich in einer Welt der Konzerne leben: Unter den 100 größten Ökonomien der Welt befinden sich 41 private Konzerne. Dabei überflügeln diese Konzerne selbst das BIP reicher Staaten: Der Umsatz von Royal Dutch Shell beispielsweise lag 2010 höher als das BIP Österreichs. Aus der Verflechtung gegenseitiger Beteiligungen unter Konzernen entsteht ein engmaschiges Netzwerk aus wenigen individuellen ProfiteurInnen dieses Systems, was sich schließlich in der globalen Verteilung von Vermögen niederschlägt: das Vermögen der reichsten 62 Personen ist gleich groß wie der Besitz von 3,6 Milliarden Menschen, also der Hälfte der gesamten Weltbevölkerung.

Reichtum und wirtschaftliche Konzentration in transnationalen Konzernen manifestieren sich neben der Ausübung starker Marktmacht auch in politischer Macht, z. B. durch direkte Einflussnahme auf politische EntscheidungsträgerInnen, sowie durch Stärkung des ideologischen, neoliberalen Konsenses. Mittlerweile ist es gang und gäbe, dass Personen zwischen politischen Ämtern und Positionen in großen Konzernen oder im Finanzsektor hin und her wechseln („Drehtüreffekt“). Dabei missbrauchen diese Personen ihr jeweiliges Amt, um die Interessen ihrer früheren oder zukünftigen Netzwerke zu bedienen.

Im Globalen Süden ist die Situation noch zugespitzter: egal ob Privatisierung von Wasser, Aushebelung grundlegender Arbeitsrechte, Landraub oder systematische Umweltzerstörung – neben Diktatoren und terroristischen Gruppen sind Konzerne heute die größte Bedrohung der Menschenrechte weltweit.

Deshalb müssen wir beginnen über diese Konzernmacht zu sprechen. Obwohl viele Menschen die „Macht der Konzerne“ in ihrem Alltag erleben, findet keine breite Diskussion darüber statt, wie viel Macht und Einfluss private Konzerne haben sollen oder dürfen, bevor sie eine ernste Gefahr für die Verwirklichung eines Guten Lebens für Alle darstellen. Attac möchte mit dem neuen Buch einen Ausgangspunkt für diese längst überfälligen Debatten liefern. Wir brauchen eine große emanzipatorische sozialökologische Transformation auf Basis einer umfassenden Demokratisierung und internationaler Solidarität.

Neues Buch

Attac (Hrsg.): Konzernmacht brechen! Von der Herrschaft des Kapitals zum Guten Leben für Alle. mandelbaum verlag 2016, 280 Seiten, 15.00 EUR. Zu bestellen unter *www.attac.at/shop*



Grafik: CEO

*Tätigkeit genehmigt, aber noch nicht aufgnommen

trotz fundierter kritik und breiten widerstands wollen regierungen und EU-kommission CETA über die köpfe der bevölkerung hinweg durchsetzen. haben sie aus dem brexit nichts gelernt?

CETA: es geht um mehr als nur ein handelsabkommen



Nach der Brexit-Abstimmung waren die EU-Eliten einer Meinung: Die Union müsse rasch beweisen, dass sie „handlungsfähig" sei, meinten etwa Wolfgang Schäuble, Jean-Claude Juncker, Martin Schulz und Reinhold Mitterlehner. Spontan klingt das gut. Doch wer verfolgt hat, was seither passierte, kommt zum Schluss: Die Eliten wollen ihre Handlungsfähigkeit vor allem gegenüber Konzernen beweisen, über die Köpfe der BürgerInnen hinweg. Das zeigt sich am Beispiel von CETA und TTIP, den Handelsabkommen mit Kanada und den USA.

TTIP durch die Hintertür

CETA enthält alles, was uns mit TTIP droht: Sonderklagerechte für Konzerne, Druck auf Umwelt- und Lebensmittelstandards, Gefährdung von öffentlichen Dienstleistungen, nachhaltiger Landwirtschaft und ArbeitnehmerInnenrechten. CETA ist bereits ausverhandelt und beschlussreif, der Widerstand dagegen EU-weit groß. Allein in Österreich sprechen sich 400 Gemeinden, über 2.000 BäuerInnen und 2.500 UnternehmerInnen, der ÖGB und eine Allianz von über 60 Organisationen gegen CETA aus, ebenso die Konferenz der Landeshauptleute. Zuletzt unterschrieben 80.000 Menschen eine Mailaktion an die Regierung und forderten sie auf, Nein zu CETA zu sagen.

Der enorme Widerstand zeigt: Es geht um mehr als nur ein Handelsabkommen. Immer mehr Menschen lehnen die wirtschaftspolitische Ausrichtung der EU insgesamt ab. Die politisch geschaffene Konkurrenz zwischen Staaten führt zu einer Abwärtsspirale bei Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards. Die in EU-Abkommen festgeschriebene Kürzungspolitik treibt die Privatisierung von Bildungs-, Gesundheits- und Pensionssystemen voran. Dieser Kurs sorgt für Rekordprofite bei den Konzernen und steigende Vermögen bei den Superreichen. Den allermeisten Menschen bringt er dagegen Sorgen um den Lebensstandard und die Zukunftschancen ihrer Kinder. In Großbritannien stimmten insbesondere jene Teile der Gesellschaft für den Brexit, die unter dieser neoliberalen Politik besonders stark leiden.

Ja zu CETA stärkt Rechtsextreme

Doch EU-Kommission und die meisten Regierungen wollen weitermachen wie bisher. Sie wollen CETA so rasch wie möglich in Kraft setzen. Im EU-Parlament soll das 1.600-Seiten-Abkommen im Eiltempo durch Handelsausschuss und Plenum geboxt werden.

von Valentin Schwarz und Alexandra Strickner

Direkt danach ist die „vorläufige Anwendung" geplant. Der Großteil von CETA würde dann sofort gelten, bevor die nationalen Parlamente darüber abstimmen. Diese Art von „Handlungsfähigkeit" wird EU-weit rechtsextreme Parteien stärken. In Österreich fallen die ersten Entscheidungen in den Präsidentschaftswahlkampf. Ein Ja der Regierung wäre Wahlhilfe für Norbert Hofer. Auch deshalb gilt es, CETA zu verhindern. Mit dem breiten und fundierten Widerstand, den Attac mitaufgebaut hat, können wir das erreichen. Ein Nein zu CETA würde auch TTIP zu Fall bringen. Zudem würde es Raum für eine neue Handels- und Wirtschaftspolitik schaffen. Es gibt Alternativen – setzen wir sie um!

Werden Sie aktiv!
Mehr Informationen unter
www.ttip-stoppen.at

das wegschauen der regierungen hat system

panama-leaks

von David Walch

Kein Jahr ohne neue Skandal-Leaks beim Thema Steuerbetrug. Anfang April zeigten 11,5 Millionen geleakte Dokumente, wie sich Superreiche durch Briefkastenfirmen in Panama seit Jahrzehnten vorm Steuerzahlen drücken.

Doch so groß die mediale Aufregung um mehr oder weniger prominente Namen auch war – das dahinterliegende System ist seit vielen Jahren ist bekannt. Panama ist kein Einzelfall. Selbst mit der unglaublichen Zahl von 350.000 geheimen Briefkastenfirmen liegt das Land noch hinter Hongkong und den British Virgin Islands und ist zudem „nur“ an 13. Stelle der Rangliste der intransparentesten Finanzplätze. Schätzungen sprechen von weltweit 21 bis 32 Billionen (!) US-Dollar an privatem Finanzvermögen, die offshore gehalten werden.

Internationale Pläne unzureichend

Panama-Leaks zeigt erneut, wie unabdingbar es ist, die wahren wirtschaftlichen EigentümerInnen hinter Briefkastenfirmen offenzulegen. Dabei haben diese anonymen Konstruktionen keine Existenzberechtigung – es sei denn, man hat etwas zu verbergen. Attac fordert seit Jahren öffentliche Register, welche die wahren EigentümerInnen offenlegen – umgesetzt sind sie bis heute nicht. Auch die neuen internationalen OECD-Regeln zum automatischen Informationsaustausch der Steuerbehörden ab 2017/18 bleiben lückenhaft: Das Tax Justice Network listet 35 Schlupflöcher auf. Und ausgerechnet den ärmsten Ländern wird die Teilnahme daran erschwert.

Es sind also nicht vorrangig kriminelle Machenschaften, sondern ganz „legale“ Verflechtungen zwischen politischen und wirtschaftlichen Eliten, die das Offshore-System stützen. Die großen Fische im „Panama-Kanal“ etwa sind europäische Banken, deren enge Beziehungen zur Politik vielfach dokumentiert sind. Eine Folge davon ist, dass Strafandrohungen für Finanzinstitute, die in zwielichtige Geschäfte involviert sind, meist viel zu niedrig sind. Die großen Steuerberatungskanzleien wiederum entwickeln nicht nur fragwürdige Steuersparmodelle für Konzerne, sondern sitzen auch in zahlreichen EU-ExpertInnengruppen zu steuerpolitischen Fragen. Nebenbei: Österreichs Finanzminister Schelling ist sogar dagegen, dass Konzerne auf europäischer Ebene öffentlich machen müssen, wie viel Gewinn sie in einem Staat erzielen und wie viel Steuern sie darauf entrichten.

Das Offshore-System ist lebendig wie eh und je. Wir sind daher weiterhin auf Whistleblower und Leaks angewiesen um es aufzubrechen – was aber riskant ist: Antoine Deltour, jener junge Mitarbeiter der Steuerberatungskanzlei PwC, der 2014 die skandalösen Steuerabsprachen von Konzernen in Luxemburg (LuxLeaks) ans Licht gebracht hat, wurde ebendort im Juni 2016 wegen Diebstahl und Verletzung von Geschäftsgeheimnissen zu 12 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Die Staatsanwaltschaft ging dagegen im August in Berufung und forderte noch höhere Strafen. Den Chefkonstrukteur der Steueroase Luxemburg, Jean-Claude Juncker, hat man hingegen zum Präsidenten der EU-Kommission gemacht ...



Nur eine Steueroase von Vielen: Panama

Foto (verändert): Christian Córdova /flickr.com

die unendliche geschichte der nicht-einführung der finanztransaktionssteuer

diesen herbst soll sie endlich kommen: die europäische finanztransaktionssteuer. ein grund zu feiern? nicht wirklich, denn wir können schon nicht mehr zählen, wie oft eine einigung angeblich schon kurz bevorstand.



Wie die Zeit vergeht: Attac-Aktion vor 10 Jahren

von Lisa Mittendrein

Werfen wir einen kurzen Blick zurück: Die Finanztransaktionssteuer (FTS; früher Tobin Tax) ist die Gründungsforderung von Attac. Durch die Besteuerung aller Finanzgeschäfte mit einem kleinen Steuersatz von z. B.: 0,1 Prozent sollen Spekulation eingedämmt und das globale Finanzsystem stabilisiert werden. Seit der Finanzkrise 2008 ist die FTS auch in der öffentlichen Debatte angekommen und wurde von vielen politischen AkteurInnen aufgegriffen.

Seit 2013 verhandeln nun die FinanzministerInnen von zehn EU-Staaten über die Einführung der FTS im Rahmen der sogenannten vertieften Zusammenarbeit. Ausgangspunkt war ein relativ ambitionierter Vorschlag der EU-Kommission, doch seither ist wenig passiert.

Von Beginn an haben sich die Verhandlungen immer wieder verzögert; zuletzt war eine Einigung für Dezember 2015 und dann für Juni 2016 angekündigt. Obwohl sich einige Länder auf Eckpunkte zu Steuerbasis und Anwendungsbereich der FTS geeinigt haben, gibt es in weiten Bereichen immer noch keine Übereinstimmung. Dies betrifft vor allem die Einbeziehung von Derivaten (abgeleitete Finanzprodukte) und bestimmten Finanzmarktakteuren. Einzelne Länder verlangen Ausnahmen, etwa für Derivate, die sich auf Staatsanleihen beziehen, sowie für Pensionsfonds. Ebenfalls sind sich die Mitgliedsstaaten nicht einig, in welchem Ausmaß „market makers" von der Steuer befreit werden sollen. Weiters gibt es keine Einigkeit darüber, wie mit den Steuereinnahmen umgegangen werden soll. Für kleine Länder werden diese sehr gering sein, zumal ihnen gewisse Erhebungskosten gegenüberstehen.

Hinter jeder dieser Ausnahmen stehen Interessen der Finanzindustrie, und jede Ausnahme schwächt die steuernde und regulierende Wirkung der FTS. Die Finanzlobby bekämpft die FTS seit Jahren vehement und mit vielen Ressourcen. Einflussnahme auf der Ebene der Kommission und des Rates sowie direkt bei den Mitgliedsstaaten haben die Verhandlungen enorm erschwert.

Die FTS ist eine Forderung aus den sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft, sie hat große Zustimmung in der Bevölkerung. Dass die europäischen Regierungen der FTS so geringe Priorität geben ist undemokratisch und zeigt einmal mehr, wessen Interessen sie vertreten. Wir haben genug von der unendlichen Geschichte der Nicht-Einführung der Finanztransaktionssteuer! Die Staaten sollen jetzt endlich die Einführung beschließen oder zugeben, dass die Regulierung der Finanzmärkte für sie einfach keine Bedeutung hat.

das ist keine „flüchtlingskrise“!

migration, flucht und vertreibung können nicht mit menschenverachtenden gesetzen, polizei und militär eingedämmt werden, sondern nur durch die sicherung der lebensgrundlagen aller menschen.









von Alexandra Strickner und David Walch

Laut UNO sind derzeit 65,3 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Jährlich sterben tausende Menschen beim Versuch übers Mittelmeer nach Europa zu gelangen – allein 2016 waren es mehr als 4000. Die EU unterhält eine hochprofitable Grenzschutzindustrie um Menschen mit Booten, Stacheldraht und sogar Gewehren abzuwehren. Dabei finden 90 Prozent der Menschen auf der Flucht Schutz in Ländern außerhalb Europas.

Der Begriff „Flüchtlingskrise“ täuscht vor, dass die Ankunft dieser Menschen in Europa das wahre Problem sei. Doch Flucht ist nur ein Symptom für eine Reihe globaler Krisen wie Krieg, Armut, Ausbeutung und Ungleichheit. Egal wie hoch die Mauern und Zäune der „Festung Europa“ auch sein mögen, Menschen werden immer versuchen Armut und Gewalt zu entkommen. Die einzige Lösung besteht darin, bei den Ursachen dieser globalen Krisen anzusetzen.

Warum Menschen fliehen

Aktuell sind die meisten Flüchtenden durch **Kriege** in Syrien, in Afghanistan oder im Irak zur Flucht gezwungen. Diese Kriege sind eng mit den geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen der reichsten und mächtigsten Länder und ihrer Rüstungsindustrien verknüpft.

Die **aggressive Handels-, Rohstoff- und Energiepolitik** der EU und der USA treibt viele Länder in eine Spirale der Armut und zerstört die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen weltweit. Das Ziel dieser Politik ist es, Exportmärkte, Eigentumsrechte, Investitionen und günstige Rohstoffe für EU- und US-Konzerne abzusichern. Ökonomisch schwache Staaten werden unter Androhung von Strafzöllen oder der Reduktion von Hilfsgeldern zum Abschluss von zerstörerischen Handelsabkommen gedrängt. Die Folge: Lokale Märkte werden mit billigen Agrar- und Industriegütern überschwemmt, die lokale Landwirtschaft bzw. kleinbäuerliche Strukturen und die dortigen Betriebe ruiniert.

Die Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsweise des globalen Nordens ist auch verantwortlich für den **Raubbau an der Natur** und den **Klimawandel** und die dadurch ausgelöste Migration. Das industrielle und exportorientierte Landwirtschaftsmodell führt zu Bodenerosion und Wasserverschmutzung. Zwei Drittel der weltweiten Treibhausgase werden von nur 90 Großkonzernen verursacht. Der „ökologische Fußabdruck“ des globalen Nordens beträgt das 3 bis 5 fache jenes des globalen Südens. Die Folgen des Klimawandels wie Dürre, Hunger, Überschwemmungen und Naturkatastrophen treffen jedoch die ärmsten Länder am stärksten und sind weitere Gründe dafür, dass Menschen fliehen müssen.

Auch **Landgrabbing und Landraub** durch Konzerne und Investoren zwingt Menschen zum Verlassen ihrer Heimat. Seit 2001 wurden in Entwicklungsländern über 220 Millionen Hektar Land von ausländischen Investoren aufgekauft oder gepachtet – eine Fläche fast zweimal so groß wie Österreich.



alle Grafiken © Jacob V Joyce, Global Justice Now

Die Liberalisierung der **Finanzmärkte** hat zu einer enormen Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen geführt. Heute ist die Spekulation auf Nahrungsmittel eine der Hauptursachen für stark schwankende Preise bei agrarischen Rohstoffen und führt zur Zunahme des globalen Hungers.

Die **Steuerhinterziehung** wirtschaftlicher und politischer Eliten wurde und wird weltweit durch mangelnde Steuerkooperation westlicher Staaten und ihrer Banken ermöglicht – und unterstützt. Zahlreiche korrupte Diktatoren halten sich nur deshalb an der Macht, weil sie die Interessen der Industriestaaten und deren Zugriff auf Ressourcen absichern können. Allein in Afrika wurde zwischen 1970 und 2008 knapp eine Billion Dollar ins Ausland geschafft. **Steuertricks** von Konzernen wiederum schaden den ärmsten Ländern am stärksten. Sie verlieren dadurch nach Schätzungen 6 bis 13 Prozent ihrer gesamten Steuereinnahmen – mit desaströsen Folgen für ihre Volkswirtschaften. Es gibt zwar neue internationale Regeln für bessere Informationen über die Steuervermeidung von Konzernen, doch diese Informationen werden vorrangig den reichen Staaten zur Verfügung stehen.

Über einen längeren Zeitraum betrachtet sind somit Armut, Ungleichheit und der Klimawandel die wichtigsten Fluchtursachen.

Was ist zu tun?

Gegenwärtig werden nicht die Ursachen von Flucht bekämpft, sondern die Bewegungsfreiheit von Menschen noch mehr eingeschränkt – durch neue Zäune und Grenzen, die entweder real oder in den Köpfen von Menschen errichtet werden. Dabei bedrohen der freie Kapitalverkehr, sogenannte Freihandels- und Investitionsabkommen und eine neoliberale Wirtschaftspolitik unsere Arbeitsplätze und Sozialsysteme viel mehr als die Bewegungsfreiheit von Menschen. Es ist die uneingeschränkte Mobilität des Kapitals, die es Konzernen ermöglicht global die billigsten Arbeitskräfte mit den schlechtesten Arbeitsbedingungen und Arbeitsrechten zu suchen.

Für einen kleinen Teil der Menschheit ist weltweite Bewegungsfreiheit eine Selbstverständlichkeit, für Millionen Menschen ist sie jedoch eine Utopie. Unsere Vision ist eine Welt mit einem Guten Leben für Alle und ohne Grenzen für Menschen, sehr wohl aber für Kapital. Das mag utopisch erscheinen, da es die Grundvoraussetzungen unseres aktuellen Systems in Frage stellt. Diese Weltoffenheit ist nur möglich, wenn wir beginnen die Art und Weise, wie wir wirtschaften und die gegenwärtige neoliberale Globalisierung in Frage zu stellen und zu verändern. Migration, Flucht und Vertreibung können nicht mit menschenverachtenden Gesetzen, Polizei und Militär eingedämmt werden, sondern nur durch die Sicherung der Lebensgrundlagen aller Menschen.

„Flucht und Globalisierung“ war das Schwerpunktthema der diesjährigen Attac-Sommerakademie. Eine Videodokumentation der Podien findet sich unter *www.attac.at/sommerakademie/videos.html*

systemwandel statt klimawandel!

widerstand gegen kohle und grüngewaschenen flugverkehr

von Carla Weinzierl

Es war die größte Aktion zivilen Ungehorsams in der Geschichte der globalen Bewegung für Klimagerechtigkeit: Rund 4.000 Menschen nahmen im Mai an „Ende Gelände“ teil und legten den deutschen Braunkohle-Tagebau Welzow-Süd lahm. Weltweit engagierten sich über 30.000 Menschen auf sechs Kontinenten im Rahmen der internationalen Aktionswochen „Break Free From Fossil Fuels“ um Geldgeber dazu aufzufordern, in ökologisch und sozial nachhaltige Energieformen zu investieren.



Foto: 350.org / © Paul Lovis Wagner

Nach diesem Erfolg nimmt sich unsere Klimagerechtigkeitsbewegung „System Change, not Climate Change!“ den Flugverkehr vor: Anfang Oktober soll eine Entscheidung der UN-Luftfahrtbehörde vorgeben, wie die internationale Luftfahrt zum Klimaschutz beitragen kann. Ihr Plan ist weiteres Flugwachstum, aber grün angestrichen – Investition in die sozial am stärksten exkludierende und klimaschädlichste Art der Mobilität soll durch vermeintliche „Klimaneutralität“ legitimiert werden. Wir wehren uns gegen diese Scheinlösungen: lokal gegen den Bau der geplanten dritten Flugpiste in Schwechat; international durch eine Kampagne zur Vernetzung unzähliger Gruppen, die gegen ähnliche Flughafenprojekte Widerstand leisten.

Seit Jahren leisten BürgerInneninitiativen in Schwechat Widerstand gegen den drohenden Anstieg des Fluglärms, die Bodenversiegelung hunderter Hektar Land und den immensen Anstieg der Emissionen. Wir solidarisieren uns mit ihnen und laden zum ersten österreichischen Klimacamp von 29. September bis 2. Oktober mit spannenden Workshops sowie zum Aktionstag gegen den Flughafen-Ausbau am 1. Oktober.

Infos, Petitionen und Positionspapiere:
www.systemchange-not-climatechange.at



2. europäisches nyéléni-forum für ernährungssouveränität

vom 26. bis 30. oktober in rumänien

www.nyeleni-europe.net

Fünf Jahre nach dem ersten europäischen Nyéléni-Forum in Krems, auf dem ein Aktionsplan und die Nyéléni Europa-Deklaration verabschiedet wurden, findet das zweite Forum von 26. bis 30. Oktober in Cluj-Napoca (Rumänien) statt. Im Zentrum steht die Vernetzung mit den Bewegungen in Osteuropa und Zentralasien zur Erarbeitung gemeinsamer Aktionen und Strategien. Delegationen aus rund 40 Staaten werden erwartet: BäuerInnen und Bauern, FischerInnen, HirtInnen, KonsumentInnen und Gewerkschaften sowie NGOs und Bewegungen, die entlang der thematischen Achsen Produktion, Verteilung, Soziales und Gemeingüter Inhalte und Aktionen für ein ernährungssouveränes Europa erarbeiten.
www.nyelenieurope.net informiert über das Forum und die Zusammenarbeit auf kontinentaler Ebene; die österreichische Delegation wird über *www.ernährungssouveränität.at* koordiniert.





abschied von der marktgläubigkeit

„der markt“ bietet keine lösungen für die ökologische krise

von Andreas Novy

Auch in der Umwelt- und Klimapolitik gilt: Eine wesentliche Ursache dafür, dass die planetarischen Grenzen – in Bezug auf Biodiversität genauso wie bei Treibhausgasemissionen – erreicht oder überschritten werden, liegt in einem marktgläubigen Weltbild, das mit der neoliberalen Wende der 1970er Jahre alle Politikbereiche erfasst hat. In „Kritik der Grünen Ökonomie“* beschreiben Thomas Fatheuer, Lili Fuhr und Barbara Unmüßig den zum Scheitern verurteilten Versuch, Ökonomie und Ökologie durch mehr „Markt“ zu versöhnen. Ihre Kritik ist äußerst wichtig, um zu verstehen, warum steigendes Umweltbewusstsein oftmals folgenlos bleibt.

Nicht wenige Umweltbewegte waren erfreut, als der ehemalige Weltbankökonom Nicholas Stern behauptete, der Klimawandel sei das größte Marktversagen in der Geschichte. Wiewohl damit Klimapolitik respektabel wurde, war der diesbezügliche Preis sehr hoch: Die Umweltpolitik wurde von den Finanzmärkten instrumentalisiert, um CO_2-Steuern und damit öffentliche Einnahmequellen zu vermeiden. Politische Institutionen – wie die EU – schufen mit Hilfe von FinanzmarktexpertInnen einen neuen Markt für CO_2-Bepreisung. Auf diesem künstlich geschaffenen Markt werden Verschmutzungsrechte so handelbar wie Milch und Butter – nur dass keine Umsatzsteuer an die Allgemeinheit gezahlt wird. Der politische Aufwand derartiger Marktschaffung ist aber hoch. So muss Aufforstung und Waldschutz ebenfalls in CO_2-Emissionen – in diesem Fall eingesparte – quantifiziert werden. Selbst dem bewaldeten Land von Indigenen Völkern wird auf diesem Weg ein Preis zugesprochen.

NutznießerInnen sind all diejenigen, die weiter so wie bisher arbeiten, leben und Gewinne machen wollen. So braucht es keine neuen Mobilitätskonzepte, denn Fluggesellschaften können ihre Flugreisen CO_2-neutral anbieten, indem sie Indigenen Verschmutzungsrechte abkaufen. Diese Menschen wiederum – deren Beitrag zu aktuellen Klimaverwerfungen denkbar gering ist – werden so Teil des globalen Finanzkarussells. Fatheuer, Fuhr und Unmüßig resümieren: „Ist dieser Weg einmal beschritten, müssen sich die Gemeinschaften den Regeln des Marktes unterwerfen und ihre Lebensweise daran ausrichten. Sie verlieren damit zumindest teilweise die Kontrolle über ihr Territorium“, während Menschen im Globalen Norden ungehindert und mit reinem Gewissen ihr klimaschädliches Verhalten fortsetzen können.

Mit der politischen Unterstützung für grüne Finanzmärkte schadet sich die Umweltbewegung massiv. Denn auch für Klima- und Umweltpolitik gilt: Die vielfältigen kleinen, oftmals dezentralen Initiativen von unten können sich nur entfalten, wenn die Finanzmärkte schrumpfen und streng reguliert werden.



Andreas Novy leitet das Institute for Multi-Level Governance and Development an der Wirtschaftsuniversität Wien und ist Obmann der Grünen Bildungswerkstatt.

* Fatheuer, Thomas, Fuhr, Lili, & Unmüßig, Barbara (2015). Kritik der Grünen Ökonomie. München: Oekom.

zerbricht die EU oder müssen wir sie zerschlagen?

attac/eu-konferenz am 18. und 19. november

von Ralph Guth, Lisa Mittendrein und Valentin Schwarz

Mit Großbritannien hat nun erstmals ein Land entschieden, die EU zu verlassen. Die EU und ihre gemeinsame Währung brauchen ein Wunder, um die nächsten Jahre unbeschadet zu überstehen. Die Zerfallserscheinungen werden nicht einfach abklingen. Ihre ökonomischen und politischen Ursachen bestehen nach wie vor.

Der Brexit und die Krise der EU werden von der Rechten gestaltet. Die britische Austritts-Kampagne war von Angstmache, Rassismus und Gewalt geprägt. Sie spiegelte den Aufstieg der extremen Rechten in Europa und die zunehmende Gewalt gegen Flüchtlinge an den Grenzen wider. Denn die Antwort der Rechten auf die neoliberale Verarmungspolitik besteht darin, die Ärmsten gegeneinander auszuspielen.

Doch rechte Hetze und die Instrumentalisierung von Flucht und Migration dürfen nicht verdecken, dass immer mehr Menschen durchaus berechtigte Kritik an der EU haben. Die Verwüstungen der Austeritätspolitik, die Erosion der Demokratie, die Zerstörung des öffentlichen Sektors haben unseren Kontinent in einen Spielplatz für das obere eine Prozent verwandelt. Die europäischen Regierungen und Institutionen schaffen so die Grundlage für den Aufstieg der extremen Rechten.

Für soziale Bewegungen stellen sich nun schwierige strategische Fragen. Nicht nur nach dem Brexit, sondern auch in Folge der Ereignisse rund um Griechenland letzten Sommer. Ein Dilemma: Wir können uns auf die Seite der EU schlagen, gegen den Nationalismus von Le Pen und Co. Damit sind wir mehr oder weniger gezwungen, den neoliberalen Status Quo zu verteidigen, den wir zu Recht kritisieren. Oder wir schließen uns jenen an, die raus aus der EU wollen. Dann riskieren wir, zu den nützlichen Idioten der Rechten zu werden. Wir haben die Wahl zwischen zwei Übeln, neoliberal-rechts und nationalistisch-rechts. Zu gewinnen haben wir dabei nichts.

Wir brauchen also dringend neue Strategien. Fangen wir dabei nicht mit der Austrittsfrage an, sondern diskutieren wir grundsätzlich und strategisch. Hören wir auf, die EU zu romantisieren. Stellen wir in Frage, ob sie jemals im Sinne unserer Ziele funktionieren kann – oder ob sie immer unser Gegner sein wird. Und ziehen wir die richtigen Konsequenzen.

Die EU steht dem Ziel eines Guten Lebens für Alle und einer demokratischen sowie solidarischen Welt entgegen. Die Menschen haben genug von Standortwettbewerb, Verarmungspolitik und Freihandelsabkommen. Es braucht emanzipatorische Alternativen und demokratische Formen der europäischen Kooperation, wenn die Krise endlich gelöst und der weitere Aufstieg der extremen Rechten verhindert werden sollen. Noch dominieren nationalistische Antworten basierend auf Ausgrenzung unter dem Deckmantel der Freiheit. Wenn die EU nicht Teil eines besseren Europas und einer besseren Welt sein kann, wird sie hinweggefegt werden.

Wir hoffen, in den nächsten Monaten dazu eine fruchtbare politische Debatte zu führen. Zum Beispiel bei unserer großen EU-Konferenz am 18. und 19. November (VHS polycollege, Stöbergasse 11-15, 1050 Wien, www.attac.at/sackgasse-eu.html).



© Pascal THAUVIN, freeimages.com



attac zur wahl des bundespräsidenten

jene, die flüchtende und migrantinnen zur ursache aller probleme machen, wollen weder bestehende ungerechtigkeiten noch das ihnen zugrunde liegende wirtschaftsmodell verändern.

Viele Menschen in Österreich sind verunsichert und fühlen sich ohnmächtig. Die Angst den Arbeitsplatz zu verlieren, mit dem Lohn nicht mehr über die Runden zu kommen oder soziale Leistungen zu verlieren, geht einher mit einer enormen Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich. Abstiegsängste und Sorge um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Österreich erfassen immer mehr Menschen der sozialen Mitte.

Diese Ängste treffen auf ein gesellschaftliches Klima, in dem die politische und mediale Hetze gegen „Fremde" seit Jahren zunimmt. Menschen, die vor Krieg, Vertreibung und Not flüchten, werden dabei zur größten Gefahr für sozialen Frieden und persönliche Sicherheit erklärt. Forderungen, ihre politischen und sozialen Grundrechte wie das Recht auf Asyl und den Zugang zum Sozialsystem einzuschränken, sind für breite Teile der Gesellschaft anschlussfähig geworden.

Diese Aushöhlung von Menschenrechten wird unter anderem durch eine Wirtschaftsideologie legitimiert, welche die Konkurrenz zwischen „Wirtschaftsstandorten", Unternehmen und Menschen als unausweichlich darstellt. Solidarität wird durch Egoismus ersetzt, gesellschaftliche Verantwortung durch privaten Profit. Und so applaudieren auch selbsternannte „LeistungsträgerInnen" einer Politik der sozialen Ausgrenzung, da ihnen ein solidarischer Sozialstaat schon lange ein Dorn im Auge ist.

Im Neoliberalismus wie auch im Rechtsextremismus gilt: Jeder ist sich selbst der Nächste. Die daraus folgende Sündenbockpolitik interessiert sich nur für jene Verteilungsfragen, die Menschen mit den geringsten Einkommen und Chancen gegeneinander aufhetzen. Dies zeigt auch das Abstimmungsverhalten der Fraktion Norbert Hofers:

Die FPÖ stimmte in den letzten Jahren

- gegen eine Schule mit mehr Aufstiegschancen
- gegen höhere Leistungen für Kinder in Armut
- gegen ein Gratis-Kindergartenjahr
- gegen mehr Unterstützung für den Wiedereinstieg älterer Arbeitsloser
- gegen die Umsetzung der „Europäischen Sozialcharta"
- und für die Kürzung der Mindestsicherung
- gegen die Streichung von Steuerprivilegien von Konzernen (450 Millionen Euro Steuerausfall jährlich),
- gegen die Streichung von Steuerprivilegien für Gehälter über 500.000 Euro,
- gegen den Solidaritätsbeitrag besonders hoher Einkommen
- und gegen die Erhöhung der Bankenabgabe.

Die Kritik der FPÖ an TTIP entwickelt – im Gegensatz zu sozialen Bewegungen – auch keine Vision eines gerechten globalen Welthandelssystems.

Krieg und Flucht, Armut und Ausgrenzung sowie die Zerstörung von Lebensgrundlagen von Millionen Menschen sind untrennbar mit der verschärften Konkurrenz auf den Weltmärkten verbunden. Weder soziale und politische Ausgrenzung noch Standortwettbewerb lösen diese Probleme – im Gegenteil: Sie verschärfen sie. Jene, die Flüchtende und MigrantInnen zur Ursache aller Probleme machen, wollen weder bestehende Ungerechtigkeiten noch das ihnen zugrunde liegende Wirtschaftsmodell verändern.

Diese Stellungnahme wurde in längerer Fassung bereits vor dem ersten Wahlgang auf *attac.at* veröffentlicht.


attac